

04.10.2016

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion der CDU**

Ausbreitung so genannter No-Go-Areas in Dortmund?

Laut FOCUS-Online vom 03.10.2016 soll es am 01.10.2016 in der Mallinckrodtstraße in Dortmund zu Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte und einer Solidarisierung von rund 100 Personen gegen die eingesetzten Beamten gekommen sein.

Dem Bericht zufolge soll ein Streifenwagen der Polizei gegen 17:15 Uhr in die Mallinckrodtstraße eingefahren sein, als ein 24-jähriger Mann aus Rumänien ein Trinkpäckchen gegen den Streifenwagen schleuderte und die Beamten beschimpfte. Zivil eingesetzte Polizeibeamte hätten die Tat beobachtet, gaben sich dem Rumänen gegenüber als Polizeibeamte zu erkennen und forderten ihn auf, sich auszuweisen. Der 24-Jährige soll daraufhin unvermittelt begonnen haben, die Beamten zu beleidigen und zu bedrohen. Nahezu 100 Personen hätten das Geschehen registriert und sich rund um die Polizeibeamten versammelt. Der Rumäne habe die Menschenmenge zunehmend aufgehetzt, weshalb die Stimmung immer aggressiver geworden sei. Auch die 25-jährige Ehefrau des Verdächtigen habe in das Geschehen eingegriffen und versucht, diesen aus dem Dienstfahrzeug der Polizei zu befreien.

Angesichts der immer bedrohlicher werdenden Menschenmenge hätten die Beamten ihr Fahrzeug schließlich zurückgesetzt. Unter dem Applaus der Gruppe habe nun ein Unbekannter eine Flasche auf das Polizeifahrzeug geworfen, welches leicht beschädigt wurde. Teile der Gruppe hätten zusätzlich die Fahrbahn der Mallinckrodtstraße blockiert. Diese bedrohliche Szenerie habe einige Minuten andauert. Erst als sich starke Unterstützungskräfte der Polizei mit Martinshorn näherten, habe sich die Störergruppe aufgelöst und sei in Richtung Nordmarkt geflüchtet.

Dieser Vorfall reiht sich in verschiedene Medienberichte der letzten Monate ein, die das Entstehen rechtsfreier Räume in Dortmund nahelegen.

Bereits am 07.09.2016 hatten mehrere Medien übereinstimmend einen ähnlich gelagerten Fall geschildert. Damals sollen „mehrere Dutzend“ Personen Polizisten bei der Festnahme eines Jugendlichen umzingelt haben. Polizeiangaben zufolge hätten die Menschen geschrien und

Datum des Originals: 04.10.2016/Ausgegeben: 04.10.2016

teilweise versucht, zu dem Verdächtigen zu gelangen. Erst als Unterstützung eintraf, habe sich die Lage beruhigt und die Menge aufgelöst. „Menschenmengen hätten zuletzt immer wieder in Dortmund versucht, Einfluss auf die Polizeiarbeit zu nehmen“, so RP-Online und der Kölner Stadt-Anzeiger damals.

Berichte über so genannte No-Go-Areas in Dortmund sind zudem von der dortigen Kommunalpolitik bestätigt worden. Einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 12.03.2016 zufolge soll der nordrhein-westfälische Justizminister Kutschatj im Sommer 2015, nachdem er erklärt hatte, dass es in Nordrhein-Westfalen keine rechtsfreien Räume gebe, umgehend einen Brief aus Dortmund erhalten haben. Darin sei er vom SPD-Ortsverein Dortmund Nord zu einem Rundgang durch die Nordstadt eingeladen worden, um ihm „ein besseres Urteil über die tatsächlich existierenden No-Go-Areas zu ermöglichen“.

Die Gewerkschaft der Polizei hatte ebenfalls schon im Jahr 2015 vor No-Go-Areas im Ruhrgebiet gewarnt. In Duisburg, Essen und Dortmund gebe es nahezu jede Woche Situationen, in denen Polizisten ohne jeden erkennbaren Grund von einer größeren Menschenmenge bedroht und angegriffen würden, so der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert am 30.06.2016 gegenüber der Rheinischen Post. „Für die kriminellen Banden ist es ein Spiel. Sie wissen, dass die Polizei in ihrem Stadtviertel keine Maßnahmen mehr durchsetzen kann, wenn sie nach Angriffen auf einzelne Polizisten nicht sofort fünf bis zehn Streifenwagen zur Verstärkung heranziehen kann“, so Plickert damals (<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duisburg/polizei-warnt-vor-no-go-areas-im-ruhrgebiet-aid-1.5203818>).

Die Bürgerinnen und Bürger stellen sich vor diesem Hintergrund die Frage, ob die Rechtspflicht des Staates zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Dortmund langfristig gesichert ist oder ob sich auch dort so genannte No-Go-Areas ausbreiten. Der Landtag muss sich mit dieser dringlichen Frage in einer Aktuellen Stunde befassen.

Lutz Lienenkämper

und Fraktion